

Geisenheimer Zeitung

General-Anzeiger für den Rheingau.

Anzeigebblatt der Stadt Geisenheim.

Verusprecher Nr. 123

Verusprecher Nr. 123.

Erscheint
wöchentlich dreimal, Dienstag, Donnerstag und Samstag.
Bezugspreis: 1 M 80 & vierteljährlich frei ins Haus
oder durch die Post; in der Expedition
abgeholt vierteljährlich 1 M 50 &.



Insertionspreis
der 6-spaltigen Beilagen oder deren Raum für Geisenheim 10 &;
auswärtiger Preis 15 &. — Reklamenpreis 30 &.
Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif.
Nr. 2789a der Reichspost-Zeitungsliste.

Nr. 46

Für die Schriftleitung verantwortlich:
Arthur Jander in Geisenheim a. Rh.

Donnerstag den 18. April 1918.

Druck und Verlag von Arthur Jander
in Geisenheim a. Rh.

18. Jahrg

Deutscher Tagesbericht.

W.-T.-B. Großes Hauptquartier 17. April (Amtlich)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Auf dem blutdurchtränkten Kampffeld der vorjährigen Flandernschlacht besetzte die Armee des Generals Sigt von Armin Paschendaale und schob auch bei Decendaele und Gheluvelt ihre Linien vor.

Nördlich von der Ys erklärten die Truppen des Generals Sieden in den frühen Morgenstunden das Dorf Wytschaete, warfen den Feind trotz heftiger Gegenwehr von den Höhen nordöstlich und westlich vom Ort und wiesen starke Gegenangriffe ab. Den südwestlich von Bulverghem in rückwärtige Linien ausweichenden Gegner drängten wir über die Douvebaach zurück. Bailleul und der jäh verteilte Stützpunkt Cappelnbe nördlich von Bailleul Meteren wurden genommen. Mit starken Kräftenversatz versuchte der Engländer gestützt durch Franzosen, vergeblich, Meteren und das verlorene Gelände beiderseits von Merris zurückzuerobern. Seine Angriffe brachen unter schwersten Verlusten zusammen.

Auf dem Schlachtfeld zu beiden Seiten der Somme entspannen sich heftige Feuertämpfe, die auch während der Nacht, namentlich südlich von der Somme, anhielten.

Mazedonische Front.

In Vorfeldgefechten in der Strumanebene nahmen bulgarische Stütztruppen 155 Engländer und einige Griechen gefangen.

Der erste Generalquartiermeister: Ludendorff.



Vom U-Bootkrieg.

Die U-Boot-Deute.

Berlin, 16. April. (Amtlich.)

Durch unsere U-Boote wurden im Sperrgebiet um England wieder 16 000 Bruttoregistertonnen feindlichen Handelschiffsräume versenkt.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Was man von amtlichen englischen Erklärungen über die durch den U-Bootkrieg geschaffene wirtschaftliche Notlage zu halten hat, erhellt aus folgenden, sich stracks widersprechenden Behauptungen des Ersten Lords der Admiralität, Sir Eric Geddes, und seines Bruders, Sir Audland Geddes. Ersterer sagte wörtlich am 5. März im Parlament über den Schiffbau:

„Wir waren berechtigt, einer stetigen großen Vermehrung der Schiffbauleistung entgegenzusehen. Leute, Material und Leistungsfähigkeit, alles war vorhanden! Der ernsthafte Abfall der Neubauten läßt sich nur durch Unruhe unter den Arbeitern erklären.“

Demgegenüber heißt es in der eine Woche zuvor gehaltenen Rede des Hilfsdienstministers Sir Audland Geddes der „Times“ vom 25. Februar zufolge:

„Eine Folge der Verzögerung bei der Herüber-schaffung von Material aus Amerika besteht darin, daß die Herstellung herabgesetzt werden muß, und daß weniger Männer und Frauen Beschäftigung finden, da ein gewisser Ueberschuß an Arbeitskräften in den An-

druten entstehen wird.“

Der eine der Gebrüder Geddes behauptet also, daß Rohstoffe in genügender Menge vorhanden wären, der andere behauptet das Gegenteil. Eines von beiden kann nur wahr sein. Wer sagt?

Was dann?

Wenn nämlich Calais in deutsche Hände fällt?

Die Engländer befürchten offenbar längs ein „Durchschlagen“ der Deutschen bis ans Wasser. Noch 50 bis 80 Kilometer sind es ja nur auf der ganzen Front von Amiens bis Ypern. Da muß die Presse allmählich auf das Neueste vorbereiten, und das geschieht, indem sie versucht, den Sieg als nicht wichtig und nicht ausschlaggebend hinzustellen: nachdem Calais erklärt hatte, daß selbst die Besetzung von Calais den Deutschen nichts nützen werde, haut die englische Presse jetzt in dieselbe Kerbe, so schreibt der „Observer“, Mut machend:

„Der schließliche Ausgang des Krieges unterliegt keinem Zweifel. Selbst, wenn es den Deutschen gelingen sollte, bis zur Küste vorzudringen, das Meer werde immer englisch sein. Nach diesen Blättern ist die englische Flotte unberührt, die deutschen U-Boote besser denn je im Zaum gehalten, und die englischen Schiffsverkehrsverhältnisse bessern sich täglich.“

In dieser Weise weiß man in England beruhigend zu wirken. Das Blatt schließt mit der Bemerkung, daß, wenn der Feind den jetzigen Feldzug zu einem entscheidenden machen wird, die deutsche Flotte zum Kampfe herauskommen müsse. (!) Diese letzte Reserve der Verbündeten werde den Krieg gewinnen.

Die englischen Zeitungen reden natürlich Unfinn, ebensolchen Unfinn wie damals, als sie nach dem Ausbruch der russischen Revolution ihren Völkern einreden wollten, nun wäre die Macht der Alliierten wesentlich gewachsen. Wenn Englands Heer in Frankreich wirklich zum Rückzug aus Meer und zur Flucht über den Kanal gezwungen würde, dann hätte England den Krieg ganz und endgültig verloren. Denn England hat doch wohl nicht 100 Milliarden ausgegeben und die Wehrpflicht bis zum 50. Jahre eingeführt, wenn die Flotte, die dann doch allein auf sich selbst angewiesen sein würde, wirklich irgendeine Entscheidung hätte herbeiführen können.

Irlands Verzweigungskampf.

Englands Grundsatz: „Argumentiert nicht — schießt!“

Die Entrüstung der Iren, über den Beschluß des englischen Unterhauses, dem irischen Volke die Dienstpflicht aufzuzwingen, steigt von Stunde zu Stunde. Die Sinn Feiner lassen die Galle, die ihnen ins Blut stieg, durch ihre Reden ins Volk hinübergleiten.

Zu einem die Erzwingung der Militärpflicht in Irland empfehlenden Artikel des „Spectator“ sagte Devalera in einer Rede in Tullamore am 3. April, der sympathische Grundsatz der traditionellen Politik Englands gegenüber den kleinen Nationen sei: Argumentiert nicht, sondern schießt! Irland höre nicht zum ersten Male die Mahnung, daß die Engländer nicht zögern sollten zu schießen. Er erwiderte dem „Spectator“, daß Irland Gott sei dank Männer besitze, die verstanden, darauf zu antworten, und dieses Spiel des Schießens zu zweien zu spielen. Es gäbe nur einen Weg, die Einführung der Militärpflicht zu Fall zu bringen. Die Irländer könnten nur einmal sterben und es sei besser, daheim in Irland als in Flandern durch deutsche oder von den deutschen erbeutete britische Kanonen den Tod zu erleiden. Das irische Volk müßte wie ein Mann zusammenstehen und jedem Versuch der Einführung der Dienstpflicht bis zum Tode Widerstand leisten.

Eine „tragische Torheit“.

Arnold Bennett nennt im „Daily News“ den Plan der Einführung der Wehrpflicht in Irland eine tragische Torheit und sagt: „Infolge militärischer Dummheiten gegenüber Irland bei Kriegsbeginn halten wir dort ungeheure Massen ausgebildeter Truppen, die an der Front sein sollten. Natürlich darf ich Zahlen nicht angeben. Aber ich kann sagen, daß unlängst in einer einzigen irischen Grafschaft reichlich die Hälfte dessen stand, was das ganze neue Mannschafteinsatzgesetz uns bringen wird und zwar viel bessere Truppen.“

Danach muß England eine furchtbare Macht in Irland halten, um den Widerstand der Iren niederzuhalten.

Die englischen Arbeitsminister hatten im Unterhause mit Lloyd George eine Unterredung über die Homerulefrage und die Anwendung der Dienstpflicht in Irland. Wie verlautet, setzen sich diese Minister nach Kränken dafür ein, daß Irland die Selbstverwaltung gewährt werde, bevor die Dienstpflicht, der sie übrigens nicht entgegenstehen, dort eingeführt wird.

Die englischen Konservativen, die in der Irlandfrage mit einigen liberalen Großdeputierten die Mehr-

heit haben, werden niemals dulden, daß Irland Selbstverwaltung erhält. Daher ist dieses Gerücht für Irland ganz wertlos. In dem Augenblick, da Irland Selbstverwaltung erhält, hört die schamlose Ausbeutung der irischen Kräfte durch die englischen Lords auf, und das möchten die Herren in London doch lieber nicht.

Entschlossen bis zum Tode.

Die öffentliche Meinung Englands ist durch bevorstehende Unruhen in Irland in große Erregung versetzt. Die Ausdehnung der Wehrpflicht auf Irland hat in Amerika, wie zu erwarten war, heftigen Widerspruch hervorgerufen. Die Hoffnungslosigkeit der Lage kommt deutlich in folgenden Ausführungen der „Daily News“ zum Ausdruck:

„Es ist allgemein bekannt, daß vor zwei Jahren, unmittelbar nach der Osterrevolution, ein hochstehender Militär die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Irland mit der Begründung empfahl, daß es dann leichter sein werde, die Rebellen innerhalb der Armee erschließen zu lassen (!) als außerhalb derselben. Die damalige Regierung widersetzte sich dem Plane. Das damals dagegen sprach, hat heute ein doppeltes Gewicht, da die irische Demokratie sich in diesen zwei Jahren organisiert hat. Sie ist bereit, ihre passive Kraft gegen Englands aktive Macht ins Feld zu führen. Sie ist bereit, Rekrutenabhebungen durch eine fremde Macht äußersten Widerstand zu leisten. In Clare Galway und Tipperary werden sich nicht nur die Männer, sondern auch die Frauen bis zum Tode widersetzen. Dies ist die wohlverwogene Ansicht von Leuten, die Irland genau kennen. In dieser Frage sind Verhandlungen unmöglich. Die Annahme, daß die Wehrpflicht als Preis für die Autonomie hingenommen werden würde, verrät eine so tödliche Ahnungslosigkeit gegenüber den Stimmungen in Irland, daß es unmöglich ist, sich mit jenen Staatsmännern auseinanderzusetzen, die ernstlich daran glauben, die allgemeine Wehrpflicht könnte nur als freie Maßnahme einer freien autonomen Gesetzgebung durchdringen. Andererseits kann England nicht eine Armee nach Irland entsenden, um eine Division holen zu lassen. Man wird sie um den Preis von sehr bedauerndwerten Vorfällen erhalten, und Amerika wird Zeuge dieser Vorfälle sein.“

Allgemeine Kriegsnachrichten.

In Finnland deutsche Ordnung.

In Finnland erregt in diesen Tagen das fast stilles Abdrücken der offiziellen Sozialisten von der „Roten Garde“ geradezu Aufsehen. So haben die beiden sozialdemokratischen finnlandischen Landtagsabgeordneten Blomquist und O. Piipinen im radikalsten Organ der Agrarpartei „Ilma“ einen Artikel veröffentlicht, in welchem sie besorgt fragen, was aus den finnlandischen Arbeiterbewegung werden wird, und erklären, daß die sozialdemokratische Zeitung „Työmies“ die Hauptschuld an der Irreführung der Arbeitermassen habe. Die Helsingforsker Sozialisten seien durch das im Lande befindliche russische Militär und die niedrigsten Elemente der menschlichen Gesellschaft auf die Gewaltbahn gebracht worden. Die Verbrüderung dieser Elemente habe den letzten Rest des Zusammengehörigkeitsgefühls mit dem eigenen Volk zerstört. Die Arbeiter seien mit russischen Waffen ausgerüstet worden. Bewaffnete Raubzüge, zahlreiche Morde und Strafexpeditionen und endlich der Bürgerkrieg seien die Folge gewesen.

Auch die Fraktion der Sozialisten im finnischen Landtage hat eine Kundgebung erlassen, worin sie sagt, daß der Staatsstreichsbeschluß der Sozialisten im Januar durch die Bajonette der Roten Garde erzwungen worden sei.

Sehr imponierend ist dieses Abdrücken gerade nicht. Aber es zeigt doch, daß man auf sozialistischer Seite sich mit der durch die deutschen Truppen zu schaffenden Ordnung abfinden will. Das wird sicher von Dauer sein; denn der Finne ist von Natur ein indolenter, gleichgültiger Geselle, und die Sozialisten umfassen fast 1/2 der Gesamtheit, also auch weite Kreise, denen der Aufruhr ein Greuel war.

Die Papierstoff-Fuhr in Frankreich leidet.

In der Kammer Sitzung vom 11. April wurde eine Regierungsvorlage angenommen, wonach der Verbrauch von Papier und Druckmaterial in Frankreich fernerhin eingeschränkt werden muß. Der Antrag sieht vor, daß die Zeitungen künftig wöchentlich nur noch viermal vierseitig und dreimal zweiseitig erscheinen dürfen. Ein Zusatzantrag, neue Zeitungen zu verbieten, wurde abgelehnt.

Amerikanische Kriegsschadigung an — Frankreich.

Das ist denn doch eine verkehrte Welt. Nicht die verhassten Deutschen sollen den Franzosen eine Kriegsschadigung bezahlen, sondern die Amerikaner. Neuer meldet aus Washington:

Der Senat hat einen Gesetzentwurf angenommen, laut dessen Frankreich und anderen Ländern Vergütung für jeden durch Maßnahme des amerikanischen Militärs verursachten Schaden zugesagt wird. — Das Repräsentantenhaus hat die Vorlage schon früher angenommen.

Offenbar ist die Skrupellosigkeit, mit der die Amerikaner sich in Frankreich — hinter der Front — gegenüber der eingekerkerten Bevölkerung und deren Eigentum aufzuführen, Gegenstand ernstester Beschwerden gewesen.

Ueber die Unruhen in Canada.
Bei denen sich die alteingesessenen französischen Bevölkerung gegen den Militärzwang, den die englisch-orientierten Neu-Canadier in den Westprovinzen durchsetzen, erklärt man jetzt doch verschiedenes, was die Dinge als sehr ernst erscheinen läßt. „Daily Telegraph“ erzählt aus Montreal: Das Totenschauergeschäft in Quebec hat in dem Prozeß, der wegen vier bei den letzten Unruhen getöteter Bürger geführt wurde, die Meinung ausgesprochen, daß die Unruhen durch die grobe und ungeschickte Art, mit der die Bundespolizei auftrat, um das Dienstpflichtgesetz in Geltung zu bringen, verursacht seien. Das Gericht erklärte, daß die Familien der Getöteten durch die Regierung entschädigt werden müßten.

Luftangriffe auf das Heimatgebiet.

Der Gegner benutzte die im März besonders günstige Wetterlage zu zwölf größeren Angriffen auf das lothringisch-luxemburgische Industriegebiet und elf Angriffen gegen die Städte Mainz, Untertürkheim und Gannstadt, Koblenz, Freiburg i. Br., Zweibrücken, Kaiserslautern, Mannheim-Ludwigshafen, Köln sowie einige Städte in der Pfalz und im Rheinland. Trotz des Einfalles starker Geschwader erzielten die Angriffe keinerlei militärischen Erfolg. Bei den Angriffen auf das Industriegebiet an der Saar und an der Mosel fanden Betriebsstörungen von irgendwelchem Belang nicht statt; auch der in der Nacht vom 24. zum 25. März mit einem Ausbruch von 50–60 Flugzeugen unternommene Angriff blieb völlig wirkungslos. Ebenso ergebnislos war der Angriff auf die badische Anilin- und Sodafabrik bei Mannheim-Ludwigshafen am 18. März. Der einzige militärische Schaden, den die Angriffe anrichteten, war das Inbrandsetzen einiger Wagen mit Benzin. An nichtmilitärischen Gebäuden wurde überall einiger Sachschaden angerichtet. Bei dem Angriff auf Freiburg am 13. März wurden außer mehreren Privathäusern die Martinskirche und ein Krankenhaus erheblich beschädigt. Dem Angriff auf das Saargebiet fielen 5 Tote, 4 Schwer- und 11 Leichtverletzte zum Opfer. Die Verluste bei den Angriffen auf die obengenannten offenen Städte waren, hauptsächlich infolge des unvorsichtigen Verhaltens eines Teil der Bevölkerung, höher als in den Bormonaten; sie betrugen insgesamt 23 Tote, 22 Schwer- und 86 Leichtverwundete. Der Feind häuften diese Angriffe mit einem Verlust von acht Flugzeugen.

Der private Schiffsverkehr Dover—Calais (von England zum Kriegsschauplatz in Nordfrankreich) ist wegen der Zunahme der Spionagegefahr gänzlich eingestellt worden.

Das bedrohte Kohlengebiet von Bethune.

Die französischen Blätter sind über den Anfang der Offensive bei Arrmentieres und La Bassée ziemlich bestürzt und bemängeln, die Operation als eine Diverfion hinzustellen. Einige Blätter, vor allem die sozialistischen, betonen allerdings, daß die Deutschen bereits am ersten Tag einen großen Erfolg errungen hätten. „L'Heure“ erklärt, das Kohlengebiet von Bethune, das gerade im Südwesten des Operationsgebietes liegt, sei schwer bedroht. „Berite“ hält es sogar für wahrscheinlich, daß Bethune mit seinen Minen nicht mehr gerettet werden könne. „Echo de Paris“ deutet an, daß die Engländer alle verfügbaren Truppen heranziehen, um dieses Gebiet, das für die ganze Industrie Frankreichs von so außerordentlichem Werte sei, für die Entente zu erhalten.

Frankreich ist bestürzt.

Die französischen Blätter sind über den Anfang der Offensive bei Arrmentieres und La Bassée ziemlich bestürzt und bemängeln, die Operation als eine Diverfion hinzustellen. Einige Blätter, vor allem die sozialistischen, betonen allerdings, daß die Deutschen bereits am ersten Tag einen großen Erfolg errungen hätten. „L'Heure“ erklärt, das Kohlengebiet von Bethune, das gerade im Südwesten des Operationsgebietes liegt, sei schwer bedroht. „Berite“ hält es sogar für wahrscheinlich, daß Bethune mit seinen Minen nicht mehr gerettet werden kann. „Echo de Paris“ deutet an, daß die Engländer alle verfügbaren Truppen heranziehen, um dieses Gebiet, das für die ganze Industrie Frankreichs von so außerordentlichem Werte sei, für die Entente zu erhalten.

Nach als letzter Retter Frankreichs.

Am 11. wird mitgeteilt: Die französische und die britische Regierung sind übereingekommen, dem General Foch den Titel eines Oberbefehlshabers der alliierten Armeen in Frankreich zu übertragen.

Londons Angst vor Fernbeschlebung.

In der „Wall Mall Gazette“, einer sehr angesehenen englischen Zeitung, heißt es: „Wir hören, daß in offiziellen Kreisen eine sehr bedauerliche Meinung herrscht, die Möglichkeiten des deutschen Ferngeschlages herabzusetzen. Die Pariser sehen in ihm jedoch nicht nur ein Jahrmarktswunder. Es liegt durchaus innerhalb des Bereichs der Möglichkeit, daß wir in London eines schönen Morgens eine unangenehme Überraschung erleben, denn nachdem unser fleißiger und praktischer, wenn auch barbarischer Feind, einmal so weit gelangt ist, wird er sich wahrscheinlich damit nicht zufriedengeben. Wir möchten gern wissen, was unsere Behörden in der Sache tun. Wir wissen, sie möchten uns glauben machen, daß sie hinter dem ihre Tätigkeit verbergenden Schleier Wunder verrichten. Das wäre wünschenswert, aber die unfehlige Erfahrung lehrt uns, daß sie vielleicht schlafen. Das Geschütz hat keine Mißgeburt, sondern die praktische Erweiterung von britischen Experten vor dreißig Jahren. Im Jubiläumjahr waren unsere Sachverständigen bis zur Idee der Ausführung des Geschlages gelangt, das jetzt von den Deutschen vervollkommen worden ist. Sir George Greenhill weiß uns darauf hin, daß das Geschütz auf deutschen Minenschiffen montiert werden könnte. Dann wären unsere Geschütze übertrumpft, und es erübrige sich

eine ernste Frage. Wir wissen, man glaubt, es gäbe kein Schiff, das solche Waffen tragen könnte, aber wir bezweifeln diese verneinenden Versicherungen, nachdem wir so oft überrascht worden sind.“

Nachmachen können auch sie.

Wie ein holländisches Blatt aus London erzählt, hat der Unterstaatssekretär des Krieges, Mac Pherson, einem Parlamentarier schriftlich geantwortet, daß es möglich sei, eine Kanone herzustellen, die weiter als achtzig Meilen schießt. Die nötigen Maßnahmen seien bereits getroffen.

Das wäre ja schon allerlei, wenn es keine Munition ist. Nur ist der hier angebotene Schieß-Wettbewerb bedenklich; denn was wollen die Gegner damit? Wollen sie mit diesen schweren und kostspieligen Geschützen etwa die einzelnen Schützengräben beschießen? Berlin liegt aber doch zu weit dafür.

Neue englische Dum-Dum-Geschosse.

Die jüngste Untersuchung des üblichen englischen Geschosses ergab, daß das Geschütz aus dem Stahlmantel besteht und einen geteilten Bleikern, dessen kleinerer Teil in der Mantelspitze, der größere unten im Geschütz liegt. Der Stahlmantel ist so wenig widerstandsfähig, daß er beim Entfernen des Geschosses aus der Wunde ohne weiteres abbricht. Trifft also das Geschütz auf Widerstand, so schlägt durch den Vordrängungsdruck der hintere Kern des Bleikerns gegen das Blei in der Spitze und springt unter Zerreißung des dünnen Stahlmantels nach allen Seiten. Dieses, dem Aussehen nach von einer normalen Patrone nicht zu unterscheidende Geschütz ist also seiner Wirkung nach dem bisher festgestellten feindlichen Dum-Dum-Geschütz mit abgeschnittener Spitze völlig gleich.

Wer hat sich verrechnet?

Eine Anzahl amerikanischer Handelsgrößen ist zurzeit in England, und man hat sich dort lebhaft angeregt. Dabei brachte Balfour einen Trinkspruch auf die Sache der Verbündeten aus, in dem er sagte:

„Die Abordnung in einem Augenblick höchsten Interesses nach England gekommen, denn jetzt sind uns in klarer und unmissverständlicher Weise die politischen und militärischen Ziele der Machthaber Deutschlands enthüllt worden. Deutschland steht jetzt in aller Nacktheit als der Räuberstaat da. Die Deutschen haben sich im Verlaufe des Krieges wiederholt verrechnet. Das erste Mal, als sie glaubten, sie würden im ersten Anlauf nach Paris kommen und nur bis zur Marne kommen. Dann verrechneten sie sich wieder, als sie glaubten, daß nichts Amerika veranlassen könne, die diplomatischen Beziehungen abubrechen oder in den Krieg einzutreten. Schließlich verrechneten sie sich bezüglich der Unterstützung, die Amerika an der Westfront gewähren konnte. Ich habe das Vertrauen, daß Wilson imstande ist, alle Versprechungen zu erfüllen.“

Dabei wird Balfour sich verrechnen, ganz sicher.

Die Beute der Mittelmächte

an Kriegsmaterial und Vorräten während des letzten Halbjahres beläuft sich auf viele Milliarden. Allein an Geschützen und Artilleriemunition wurde für weit über eine Milliarde Mark erbeutet. Aufgenommene Maschinengewehre entfallen über 60, auf rollendes Eisenbahnmateriale rund 250, auf abgeschossene Flugzeuge und Ballons rund 60 Millionen Mark. Zu diesen anberaumt Milliarden kommt die ungezählte wertvolle Beute an Kriegsmaterial jeder Art, Bioniergerät, Handfeuerwaffen, Gasmasken. Die gewaltigen Vorräte der Bekleidungs- und Verpflegungsdepots in Russland, Italien und Nordfrankreich lassen sich überhaupt nicht abschätzen. Ihr Wert beträgt das Vielfache jener anberaumt Milliarden. Die Beute an Gummi und Kupfer allein in Nordfrankreich deckt den deutschen Heeresbedarf auf ein Jahr. Die Gesamtbeute hat die materielle Kriegsführung der Mittelmächte außerordentlich gestärkt und die Heimat um den Betrag einer vollen Kriegsanleihe von ihrer Beitragspflicht zu den Kriegskosten entlastet.

Die Flucht aus Paris.

Die Kinder werden abtransportiert. Einem Skandinavier begegnete bei Paris ein Zug mit Kindern, Knaben und Mädchen. Es waren vielleicht 1000 Schulkinder, die sich mit ihren Lehrerinnen auf der Fahrt von Paris nach Dinard und nach St. Malo in der Bretagne befanden. Sie wurden nach dort gebracht, um nicht den täglichen Angriffen durch das Bombardement und die deutschen Flieger ausgesetzt zu sein. Jede Woche fahren von Paris drei solcher Züge mit Schulkindern ab — Schilderungen über den letzten Luftangriff am 12. April abends, wobei 26 Personen getötet und 73 verwundet wurden, besagten, daß die größte Anzahl der Toten durch eine Granate umgekommen sind, die in eine Straße fiel und durch das Pflaster bis zur Gasleitung durchschlug. Hohe Flammen sind an der Stelle, wo die Granate einschlug, emporgelodert und haben eine Explosion verursacht. Die umliegenden Häuser sind in Brand geraten, und nur die Mauern sind stehen geblieben.

Erste Mahnungen

richtet die Franzosen an ihre englischen Bundesgenossen. Zwar geben sich diese den Anschein übermenschlicher Leistungen. Ihre Truppen hielten sich nur noch schwankend auf den Höhen, um dem Angriff Widerstand zu leisten. Lediglich ihr Wille sei noch stark und besiege die körperliche Erschöpfung. Sie kämpften oft wie Nachtrabender, doch sowie der Kampf beendet ist, fallen sie an der Stelle, wo sie sich befinden, auf dem freien Felde in tiefem Schlaf zusammen, bis sie wieder zur Fortsetzung der Kämpfe aufgerüttelt werden. Ganze Truppteile schliefen schon seit dem 21. März ununterbrochen mit nur wenigen Ruhetagen. Mit diesem arbeitsamen Gejammer macht man aber in dem angestrichelten Frankreich keinen Eindruck mehr.

Das „Echo de Paris“ verlangt ganz radikal, daß alle Reserven aus England herangeführt werden, selbst diejenigen, die fremd aus unbegründeter Furcht vor einer deutschen Landung in England zurückgehalten habe. — Die „Heure“ erklärt, es könne keine spezifisch französische oder englische Niederlage mehr geben. England sei durch die Drohung gegen Paris ebenso gefährdet, wie durch die Drohung gegen London, deshalb müßten alle englischen Reserven eingesetzt werden. Die „Berite“ schreibt: Die Lage ist immer noch (?) sehr ernst, wir dürfen uns dies nicht verheimlichen. Wenn gewisse Zeitungen schreiben, daß man sich über die fruchtlosen Angriffe des Feindes freuen könne, so ist dies eine Leichtfertigkeit, die angesichts der augenblicklichen Ereignisse wirklich höchst unangebracht ist.

Sirka 3 Milliarden neue Steuern.

Monopole — Umsatzsteuer — Post.

Dem Reichstage ist am Dienstag ein ganzes Bündel neuer Steuervorschläge zugegangen. 12 auf einmal! 2875 Millionen Mark Reichsdefizit ist zu decken, und dabei ist mit kleinen Mitteln nichts zu erreichen, das Reich muß wohl oder übel aufs Ganze gehen. Wir haben uns in den letzten Jahren ja bereits derart an Milliarden gewöhnt, daß uns 3 Milliarden nicht mehr schrecken.

Brantwein — Bier — Wein.

Die Genußmittel kommen in erster Linie dran. Die Vorlage erstreckt ein Monopol für den Brantwein aus Kartoffeln. Gleichzeitig werden für alle anderen Spirituosen und auch für die Mineralwässer neue Steuern oder Steuererhöhungen eingeführt. Auch das Bier muß wieder daran glauben. Die Weinsteuer fehlt nicht. Sie soll nicht vom Winger erhoben werden, sondern beim Uebergang in den Verbrauch.

Dann die Umsatzsteuer.

Das nächste große Projekt ist eine Umsatzsteuer. Sie soll nicht die Rohstoffe treffen, im übrigen aber den ganzen Waren- und Geldverkehr umfassen. Jeder Kauf, jede Zahlung einer Handwerkerrechnung, eines Arzt- oder Rechtsanwalts Honorars, eines Zeitungsinrates macht in Zukunft einen Steuerbetrag fällig. Gehalts- und Lohnzahlungen bleiben steuerfrei. Besonders kräftig faßt die Steuerbehörde beim Kauf von Luxusartikeln zu. Dahin rechnen Kunstwerke und Musikinstrumente.

Die Börse und die Kriegsgewinnler.

Eine weitere Steuervorlage beschäftigt sich mit neuen Börsensteuern. Die Kriegsgewinnler werden durch eine neue einmalige Abgabe betroffen. Die vorgeschriebenen Rücklagen der Gesellschaften werden bis zu 60 Prozent in Anspruch genommen.

Und dann die Post: Brief 20 Pfg.

Auch die Post muß wieder zur Deckung des Fehlbetrages beitragen. Der Zugriff ist hier recht kräftig. Der gewöhnliche Brief soll 20 Pfg. kosten, im Ortsverkehr 10 Pfg. Ähnlich sind alle Gebührensätze erhöht worden, auch das bis jetzt verschont gebliebene Drucksachenporto.

Und dann ein Steuerfluchtgesetz!

Wenn nun der großbestehende Steuerzahler durch all diese Anforderungen kopfschütteln werden und den Gedanken fassen sollte, beim Friedensschluß den steuerbegünstigten Gefilden Deutschlands den Rücken zu kehren, dann erhebt der Reichsschatzsekretär eine große Warnungstafel mit der Aufschrift: „Steuerfluchtgesetz“. Wer das Deutsche Reich nach dem Kriege verlassen will, um anderen die Tragung der Kriegskosten zu überlassen und sorglos seinen Kriegsgewinn im Ausland zu verzehren, der muß sich zunächst die Einziehung von 20 Prozent seines Vermögens gefallen lassen und belastet sich und seine Nachkommen außerdem mit der dauernden Ausschließung aus dem Deutschen Reich.

Die Verhandlungen darüber werden bereits in der nächsten Woche, am Dienstag, im Reichstage beginnen. Es ist nicht anzunehmen, daß die Gegenwirkung aus den Kreisen der Steuerzahler bei der himmelhohen Not des Fiskus Bedeutung erlangen wird.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 16. April.

Der Reichstag erledigte heute zunächst

Kleine Anfragen.

Dabei spielten auch die feindlichen Fliegerangriffe auf das deutsche Heimatgebiet eine Rolle.

Abg. Ged. (Soz.) regt an, ein Abkommen über den Luftkrieg herbeizuführen, um die Einstellung der Fliegerangriffe auf offene Städte außerhalb der Kriegszone zu erreichen.

Ein Regierungsvertreter erklärt, daß bis jetzt keine amtliche Anfrage der Gegner eingegangen ist. Sollte sie eingehen, so würde sie von den militärischen Stellen geprüft werden.

Abg. Greber (Ztr., Bild) fordert eine reichsgesetzliche Regelung des Schadenersatzes für die durch Fliegerangriffe verursachten Personen- und Sachschäden.

Unterstaatssekretär Lewald: Das Reich ist bereits heute verpflichtet, den Bundesstaaten geleistete Vorschüsse und Vorentscheidungen zurückzuführen und im Bedarfsfälle zur Ermöglichung solcher Auszahlungen Vorschüsse zu leisten. Das ist auch bisher schon geschehen.

Eine besondere gesetzliche Regelung ist daher nicht nötig.

Eine weitere Anfrage betrifft die landwirtschaftlichen Frühjahrsarbeiten. Nach amtlichem Bescheid haben die Generalkommandos Anweisung erhalten, in bezug auf rechtzeitige Zurverfügungstellung von menschlichen und tierischen Arbeitskräften der Landwirtschaft nach Maßgabe der Verhältnisse tunlichst entgegenzukommen.

Es folgte dann die Fortsetzung der

Daimler-Debatte.

Vom Falle Daimler war dabei so gut wie keine Rede mehr; es gab vielmehr nur die kleinen Nachtragsgeplänkel, die bei solchen Debatten üblich sind.

Der Ausschuss schlägt einige Entschärfungen vor. Der Reichstanzler soll ermächtigt werden, in solchen Betrieben die Geschäftsbücher und andere Unterlagen überwachen zu lassen. Preisprüfungsstellen und eine Zentralpreisprüfstelle sollen geschaffen werden.

Abg. Reinath (natl.): Die weiteren Untersuchungen über die Anklagen gegen unsere Industrie haben schon ergeben, daß zu einer allgemeinen Beschwerde kein Grund vorliegt.

Abg. Schiele (Kons.): Unsere Industrie hat das Hindenburgprogramm überraschend glänzend durchgeführt. Die Fälle v. Behr-Binnow und Daimler sehen sich heute schon ganz anders an als vor einem Monat.

Abg. Rumm (D. Fraktion, Christl.-Soz.): Das Bild der Reichstagsverhandlungen wird hoffentlich allerschreckend, die auf den dunklen Wegen des Kriegsgewinnes gingen.

Abg. Hende (U. Soz.): Die Profitgier des Unternehmertums tritt auch heute noch in zahllosen Formen in die Erscheinung.

General Schenk: Der Abg. Gräberer sprach neu-

Nach von einer Denkschrift des Generals von der Goltz, die zu hohen Rüstkosten, die zum Rücktritt des Generals geführt habe. Von einer solchen Denkschrift ist weder im Kriegsministerium noch in der Reichskanzlei etwas bekannt. (Abg. Erzberger ruft: Und bei der Obersten Seeresleitung?) Der vom Abg. Roske gerügte Schneid des Kriegsministeriums bei Streiks trifft uns nicht. Wir haben die Pflicht zu sorgen, daß die Munitionsherstellung nicht unterbrochen wird und werden im gegebenen Falle genau so schnell vorgehen.

Abg. Roske (Soz.) bleibt bei dem früheren Vorschlag einseitiger Rücksichten auf die Unternehmer.

Abg. Hausmann (Sp.): Bei den Daimlerwerken ist noch mancherlei aufzuklären. Aber sonst wollen wir doch die Leistungen der Industrie anerkennen.

Die vom Hauptausschuß vorgeschlagenen Entschlüsse werden darauf angenommen.

Morgen: Post-Stat.

Politische Rundschau.

— Berlin, 16. April 1918.

Der bisherige Leiter des Pressedienstes des Reichswirtschaftsamtes, Dr. Köhler, ist aus dem Reichsdienst ausgeschieden, um die Leitung der Geschäftsführung des Hansabundes zu übernehmen.

• Männerklöster in Baden. Das neue badische Kirchengesetz hat jetzt mit den letzten Resten des sog. Kulturkampfes der siebziger Jahre aufgeräumt. Fortan sind Männerklöster nicht mehr grundsätzlich verboten. Wie man hört, will sich die Regierung damit einverstanden erklären, daß die Kapuziner drei, die Franziskaner eine klösterliche Niederlassung im Großherzogtum errichten.

W.T.B. Wien, 16. April. Seine k. und k. Apostolische Majestät hat den gemeinsamen Finanzminister Baron Stefan Burian von Rajecz zum Minister des kaiserlichen und königlichen Hauses und des Äußeren ernannt.

W.T.B. Budapest, 16. April. (Amtlich.) Seine Majestät hat, wie das Ungarische Teleg. Korrespondenz. erfährt, mit Entschiedenheit vom heutigen Tage den gemeinsamen Finanzminister Baron Stefan Burian von Rajecz zum Minister des kaiserlichen und königlichen Hauses und des Äußeren ernannt. Die Wahl ist aus dem Grunde auf Baron Burian gefallen, weil er, abgesehen davon, daß er das Vertrauen Seiner Majestät besitzt, Antezedenzen im einzelnen kennt, deren gründliche Kenntnis im Zusammenhang mit den zur Verhandlung gelangenden internationalen Vereinbarungen außerordentlich wichtig ist. Der Minister des Äußeren wird, wie das Ungarische Teleg. Korrespondenz. erfährt, auch weiterhin die Führung des gemeinsamen Finanzministeriums beibehalten.

Lokales und Provinzielles.

* Weisenheim, 18. April. In der am Dienstag Nachmittag auf dem hiesigen Rathause abgehaltenen Stadtverordnetenversammlung wurden folgende Beschlüsse gefaßt.

1. Zur 8. Kriegsanleihe zeichnet die Stadt Weisenheim wiederum 15 000 M.

2. Die Stadt beabsichtigt nicht, sich an der Gesellschaft m. b. H. für gemeinnützige Möbelversorgung zu beteiligen, wohl aber übernimmt sie die Bürgschaft für Rektanten, die sich nach dem Kriege, als Kriegsteilnehmer, Möbel anschaffen wollen. Es entspann sich eine längere Aussprache über die Frage, ob die Weisenheimer Handwerker für die Möbelversorgung interessiert werden sollte.

3. Dem Gesuche des Polizeiergeanten Michely entsprechend wird die monatliche Gehaltsergänzung von M 10.— genehmigt.

4. Beitritt der Stadt zu der Nassauischen Siedlungsgesellschaft G. m. b. H. wird für eine spätere Sitzung vertagt.

5. Dem Magistratsvorschlages entsprechend tritt die Stadt dem vom Vorlande des Reichsverbandes Deutscher Städte vorgeschlagenen Sammelvertreter für die Mitgliederversammlungen der Berufsvereinigungen bei.

6. Die Stadt ist damit einverstanden, daß die Feuerungs- und Kriegsbefehle an die in den Ruhestand gesetzten Gemeindeforschungsbeamten und deren Hinterbliebenen aus der Pensionstasse des Pensionistenverbandes für die Gemeindeforschungsbeamten des Regierungsbezirks Wiesbaden bezahlt wird.

7. Wie bereits in einer früheren Nummer unserer Zeitung mitgeteilt worden ist, soll die Realschule i. G. zum 1. April d. Js. in staatlichen Besitz übergehen. Auf das der heutigen Versammlung vorliegende Schreiben des Provinzialschulkollegiums wird beschlossen, daß das vereinbarte Kapital von M. 400 000 bei der Regierungshauptkasse in Wiesbaden hinterlegt werden soll und daß im weiteren die Gemeinde die Verpflichtung übernimmt, bis zur Fertigstellung eines Schulhausneubaus die geeigneten Räumlichkeiten für die Schule zu stellen und zu unterhalten.

8. Als Schriftführer Stellvertreter für den verstorbenen Herrn B. Haas wird von der Versammlung Herr Studentrat G. Nagler gewählt.

* Weisenheim, 18. April. Von dem Regierungspräsidenten sind die Polizeistunden für den Wirtschaftsbetrieb vom 15. d. Mts. bis 16. September d. Js. für die Gemeinden Aldehausen, Eltville, Ahmannshausen, Weisenheim, Winkel, Mittelheim, Oestrich, Ottenheim, Erbach und Niederwall auf 11 Uhr abends festgesetzt worden. In allen übrigen Orten des Kreises ist die Polizeistunde an den Wochentagen Montags bis Freitags auf 10 Uhr und an den Samstagen, Sonn- und Feiertagen auf 11 Uhr abends festgesetzt.

* Weisenheim, 18. April. Dem warmen Frühlingswetter ist nun seit einigen Tagen ein Rückschlag gefolgt. Der warme Sonnenschein hat sich in nässliches, unfreundliches Wetter gewandelt. Die Sonne hatte die Blütenpracht unserer Obstbäume hervorgehoben und besonders die Kirchenbäume stehen mit starkem Blütenanlaß überall im vollen Blüthenprunk. Wenn wir warmes sonniges Wetter hätten, wäre wohl auch in diesem Jahre eine reiche Steinobsternte zu erwarten. In den letzten Tagen machte das Barometer erhebliche Verluste seinen Zeiger in die Höhe zu schrauben aber seit dem gestrigen Tage geht auch diese Hoffnung wieder langsam zurück. Die Obstanlagen der Königl.

Lehranstalt bieten in diesen Tagen mit ihrem überreichen Blütenprunk einen wundervollen Anblick, der auch wie jedes Jahr viele Besucher von Auswärts hierherlockt. Das ungünstige Wetter in diesem Jahre läßt uns aber die Blütezeit nicht so recht würdigen. Da aber nach dem alten Sprichworte der April ein launischer Geselle ist, so kann uns hoffentlich einer der nächsten Tage schon freundlicheres, sonniges Wetter bringen.

* Weisenheim, 18. April. Durch den Vorschlag u. Creditverein in Weisenheim wurden zur 8. Kriegsanleihe für 377 Zeichner M. 1,161,000.— gezeichnet. Das Ergebnis der 7. Zeichnung war für 347 Zeichner M. 1,416,009.— einschließlich Feldzeichnungen. Auch jetzt werden voraussichtlich wieder Feldzeichnungen nachkommen. Für die 8. Kriegsanleihe sind zusammen M. 6,551,000.— durch den Verein gezeichnet worden.

• Die Versorgung von Frühgemüse und Obst, und zwar von Kohl, Mören, Röhren und Karotten sowie Nusseln und Kürbissen ist vom 1. Juli ab nur mit Genehmigung des für den Versandort zuständigen Kommandos zu bewerkstelligen. Die Genehmigung ist nur dann zu erteilen, wenn die festgesetzten Höchstpreise nicht überschritten sind, wenn es sich wirklich um früh- und nicht Herbstgemüse und Obst handelt, und wenn durch den Absatz nicht etwa ordnungsmäßig genehmigte Lieferungsverträge gefährdet werden. Zuwiderhandlungen werden bestraft und führen die Einziehung der in Frage kommenden Ware herbei.

• Landwirte, bereitet Brühfütter! Die außerordentliche Knappheit an Futtermitteln zwingt den Landwirt, alle nur erreichbaren Futtermittel nutzbar zu machen. Junges Reisig, Laub, Kartoffelkraut, Leguminosenstroh, Spreu von Gerste und Sommerweizen und vieles andere mehr, das in gewöhnlichem Zustande entweder von den Tieren nicht gern gefressen wird oder nicht zuträglich ist, kann durch Bereitung als Brühfütter zu einem bestimmten, gern genommenen Futter umgewandelt werden. — Brühfütter wird, im Gegensatz zum eigentlichen Kochen und Dämpfen des Futters, dadurch hergestellt, daß man die Rohfuttermassen, soweit nötig, abschneidet, unter Umständen auch noch zerhackt, Haferfrüchte, eingeweichte Blätter, Schnitzel und dergleichen durch Uebergießen mit heißem oder kochendem Wasser oder mit heißer Schlempe amacht. In Haufen geschichtet oder in entsprechenden Kästen und Bottichen gebracht, wird alles meist auf die Dauer von 24 Stunden sich selbst überlassen. Währenddem vollzieht sich eine Gärung, die hauptsächlich zu einem Gemische von milchsäuren und buttersäuren Verbindungen führt. Unter Mitwirkung der sich entwickelnden Wärme werden harte Rohfuttermasse erweicht. Dadurch wird das Verfüttern erleichtert. Auch die Gärung macht schon die Masse und macht sie für die Verdauungsfäße zugänglicher. Die aromatische Säuerung, welche durch die Gärung entsteht, macht die Masse schmackhafter. Dadurch kann man die Tiere veranlassen, größere Mengen aufzunehmen. Will man die Schmackhaftigkeit der ganzen Brühfuttermasse noch weiter erhöhen, so mengt man noch Melasse oder Futterschrote zu, soweit sie gewöhnlich den Tieren ohnehin zukommen sollen. Vielen Landwirten wird es dadurch möglich sein, mehr Vieh zu halten, oder was rascher ist, ihren bisherigen Viehbestand besser zu ernähren.

• Sendet Tabak an unsere Kriegsgefangenen in England. Den Angehörigen unserer in englischer Kriegsgefangenschaft befindlichen Landsleute wird zum großen Teile nicht bekannt sein, daß in den englischen Gefangenenlagern eine starke Beschränkung des Tabakverkaufs eingetreten ist. Sicherlich würde unter diesen Umständen unsere Kriegsgefangenen in England durch Ueberbahrung von Tabak eine besondere Freude bereitet werden. — Aber bitte kein Buchenlaub!

• Hüte Euch vor dem Photographie-Schwindel. In der Annahme, daß viele Angehörige der aus dem Felde der Ehre gefallenen ein großes Interesse daran haben, aus kleinen Photographien ihrer Lieben Bergrührungen in der oder Kreide herzustellen zu lassen, überschweben Agenten angeblicher Bildvergrößerungs-Institute das Land und versuchen, von den Leuten Bestellungen auf Vergrößerungen an Bildern zu erlangen. Diesen Agenten ist mit großer Vorsicht zu begegnen. In vielen Fällen kommt es ihnen nur auf die Anzahlung an. Deshalb ist besonders hierin Zurückhaltung und recht genaue Prüfung aller vorgelegten Bedingungen geboten. Vor allem unterschreibe man nichts! Der Schaden beläuft sich bis auf 100 Mark.

* Aldehausen, 17. April. Se. Majestät der Kaiser und Königin haben allergnädigst geruht, Herrn Pfarrer Gramig in Vorchhausen sowie dem Aufseher in der Chemischen Fabrik in Oestrich, Herrn Mathias Glock von hier, das Verdienstkreuz für Kriegsbilke zu verleihen.

* Winkel, 15. April. Herr Postverwalter Wirth von hier erhielt das Verdienstkreuz für Kriegsbilke.

* Wiesbaden, 15. April. Die 19jährige Tochter eines hiesigen Schriftsetzers hat sich in einem Schwermutsanfall im Rhein ertränkt. Die Leiche wurde bei Boppard geborgen.

* Vereinigter Stellennachweis der Kaufmännischen Vereine im Handelskammerbezirk Wiesbaden. Geschäftsstelle Luisenstraße 96. Im März waren gemeldet und aus dem Vormonat übertragen 195 Bewerber bei 25 offenen Stellen, hiervon wurden besetzt 10 Stellen. Lehrlinge waren 68 gemeldet bei 35 offenen Stellen, hiervon wurden besetzt 6 Stellen. Im Vaterländischen Hilfsdienst lagen einschließlich der Bewerbungen aus dem Vormonat 376 Meldungen vor bei 29 offenen Stellen, letztere wurden sämtlich besetzt. Gesamtverkehr: 629 Bewerber, 89 offene Stellen und 64 besetzte Stellen. In der Kaufmännischen Stellenvermittlung war die Zahl der Bewerber, sowie die der offenen Stellen höher als im Vormonat, trotzdem die Anzahl der besetzten Stellen etwas geringer, da es vielfach an geeigneten Kräften mangelte. Auch in der Beihilfen-Vermittlung liegt die gleiche Tatsache vor. Eine größere Anzahl offener Lehrstellen blieb mangels genügender Meldungen von Bewerbern unbefüllt. Im Vaterländischen Hilfsdienst hält der Eingang von Neuanmeldungen ziemlich gleichmäßig an, die Anzahl der besetzten Stellen war wesentlich höher als im Vormonat. Geschäftsinhaber, Behörden usw. seien erneut auf das starke Angebot von weiblichen Bewerbern um Anfahrstellen hingewiesen. Teilweise besitzen sie eine gute Vorbildung, so daß hiedurch günstige Gelegenheit zur Einstellung und Heranziehung tüchtiger Bürokräfte geboten ist.

× Mainz, 16. April. Hier fand heute die Naturwein-Versteigerung der A. B. Fromeinschen Gutsoverwaltung in Oppenheim statt. Angeboten wurden 34 Nummern 1917er Dienheimer und Oppenheimer Weine, die sämtlich glatt abgingen. Unter den Dienheimer Weinen waren die Lagen Ebenbreit, Tafelstein, dann Oppenheimer Weißen Kreuz, Sackträger, Reiselahr und Jüderberg vertreten. Die höchsten Preise erreichten für das Stück 14800, 15840, 15860, 15930, 16440, 19380 und 18020 M. Im übrigen wurden für 33 Halbstück 1917er 4020—9010 M. 1 Viertelstück 3660 M. durchschnittlich das Stück 11834 M. erzielt. Gesamterlös rund 200000 M. ohne Fässer. Die Sanitätsrat Dr. Wolf Erben, Weingutsbesitzer in Oppenheim versteigerten im Anschluß an obige Versteigerung 19 Nummern 1917er Dienheimer und Oppenheimer Naturweine. Diese Weine waren u. a. aus den Lagen Langweg, Guldenmorgen, Krähenbrunnen, Tafelstein der Gemarkung Dienheim, Steig, Goldberg und Sackträger der Gemarkung Oppenheim. Es kosteten 2 Stück 1917er Dienheimer 3690, 4440 M. 11 Halbstück 3900—4310 M. 6 Halbstück Oppenheimer 4410 5510 M. durchschnittlich das Stück 7990 M. Gesamterlös rund 84000 M. ohne Fässer.

Neueste Nachrichten.

TU Berlin, 17. April. Auf dem Kampffelde der vorjährigen Flandernschlacht wurden Boellapelle und Langemarck genommen.

TU Berlin, 18. April. Im Sperrgebiet um die Azoren wurden von einem unserer U-Boote in den letzten Wochen 5 Dampfer und 2 Segler versenkt. Hier von waren bewaffnet der griechische Dampfer Kithira von 2240 Bruttoregistertonnen und der französische Dampfer Lubb Lebou von 1540 Bruttoregistertonnen. Auf letzteren befanden sich 150 Soldaten. Die Geschütze, je 1 9 cm. und 7,5 cm Kanonen wurden erbeutet. Die für unsere Feinde bestimmte Ladungen waren besonders wertvoll. Sie bestanden aus Palmöl, Palmkernen, Erdnüssen, Baumwolle, Summi, Wachs, Eisen und Stahl. Das U-Boot hat 27 ton Summi und 7 ton Wachs für die deutsche Kriegswirtschaft in die Heimat mitgebracht.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

TU Berlin, 17. April. Der Wiener Sonderberichterstatter der Vossischen Zeitung meldet: Es mag vorläufig dahingestellt sein, ob Burian die Aufgabe hat, in der Politik der Monarchie gegen Rumänien eine Aenderung einzutreten zu lassen: auf alle Fälle bleibt die Ernennung Burians zunächst ersichtlich. Sie erweckt als erstes den Eindruck, als ob die Zeit Csernys spurlos ausgelöscht sei und der Gedanke der nationalen Versöhnung der beiden Reichshälften aufhören sollte, die Grundlage der äußeren Politik Oesterreich-Ungarns zu bilden.

TU Wien, 18. April. Politische Kreise betrachten die Ernennung Burians nur als Provisorium, was auch daraus hervorgeht, daß er die Leitung des gemeinsamen Finanzministeriums beibehält. Damit sind zwei von dem gemeinsamen Ministerien im ungarischen Besitz, während bisher überlieferungsgemäß Oesterreich 2, Ungarn 1 der gemeinsamen Ministerplätze inne hatte. Auch diese kennzeichnet die Ernennung Burians als eine Verlegenheitslösung.

T.U. Fern, 16. April. Aus Paris wird gemeldet: Die Kommission, die sich mit der Angelegenheit des Kaisers briefes befaßt, ist von der Regierung das Dossier vorgelegt worden. Es enthält Stücke, die sich auf die Schritte des Prinzen Sixtus vor dem 31. März 1917 beziehen, also vor dem Tag, an den der Brief des Kaisers Karl dem Präsidenten Poincare übermittelte wurde. Prinz Sixtus behielt das Original und ließ Poincare eine Abschrift, die sich im Archiv des Ministeriums des Äußeren befindet. Uebereinstimmend erklärten die Minister, daß der Brief keine Grundlage zur Einleitung von Besprechungen bilden kann. Die Angelegenheit fand ihren Anknüpfungspunkt in einem zweiten Briefe des Kaisers Karl, den Prinz Sixtus einige Tage später zur Kenntnis brachte.

TU Genf, 18. April. Kaum ein anderer Nahkampf seit dem 27. März entziff den Engländern eine so ungeheure Zahl von Todesopfern als das furchtbare Gemetzel das der Preisgebung von Vailleur vorausging. Die ergänzenden Meldungen heben die erbitterten Kämpfe um den Villerberg und den Nevalsborg hervor. Auch die bei Wytschaete und Meteren vernichteten Abteilungen zählte Haig zu seine Elitetruppen, die er als die Eisernen Garde Iperns bezeichne. Die Militärkritik setzt geringe Hoffnungen auf das letzte Bollwerk Iperns, namentlich das stark besetzte Hügelmassiv Kemmes-Goffchepe. Man erneuert die M. a. n. an Hoch, sich dort nicht zu verbeissen, sondern den bei Arras und Albert drehenden Gefahren Rechnung tragend, rechtzeitig eine verlässliche Küstverteidigung zu organisieren.

T.U. Rotterdam, 18. April. Im amtlichen Bericht des Generals Haig von gestern heißt es: Infolge der Fortschritte welche der Feind an der Ys-Front gemacht hat, sind unsere Truppen, die unsere vorgeschobenen Stellungen westlich von Ipern besetzt hielten, auf eine neue Linie zurückgenommen worden.

TU Genf, 18. April. Petit Journal berichtet, die Geheimkisten die der heutigen Sitzung der Kammer-Kommission vorgelegt wurden, bestanden aus Kievertas und Armands Schriften, sowie die, Kaiser Karls Brief betreffende Urkunde. Der Brief Kaiser Karls sei mit Bleistift geschrieben; wie verlautet, soll Ribot der französischen Regierung den Inhalt des Briefes verschwiegen haben und lediglich Lloyd George und Sonnino davon in Kenntnis gesetzt haben.

TU Lugano, 18. April. Römischen Meldungen zufolge, bracht der Abgeordnete Viviani in der Kammer eine Interpellation ein, die eine genaue Klarstellung des Verhaltens der italienischen Kammer gegenüber den 1917 und 1916 erfolgten Friedensnote verlange. Ferner wünscht er Aufklärung über die Verhandlungen, die zwischen den Alliierten und den Zentralmächten geführt wurden. Derselbe Anfrage stellte der Senator Sodio im Senat. Man erwartet erregte Debatten.

TU Lugano, 18. April. Eine amtliche Pariser Meldung besagt, deutsche Flieger bombardierten Le Havre.

